

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Ercheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1,25, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1,80, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 4,80 — mit Zustellungsgebühr.
Postämter, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Verlagskonto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindef. verbandsgeldk. Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Bespeditungsverhältnisse — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Grundzeile (Zm. No. 14) oder deren Raum 3. — Mk., zeitliche Anzeigen 2,50 Mk. Im Textteil (Zm. No. 14) 8. — Mk. Die gewöhnliche Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gewöhnliche Zeile 6. — Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 112.

Sonntag, den 14. Mai 1922.

76. Jahrgang.

Die Fälschungen Eisners.

Ein Prozeß von ungeheurer Bedeutung ist in München zu Ende gegangen, der um die Fälschungen Eisners, Güntig zu Ende gegangen, nicht nur für die Belasteten, sondern für Deutschland, ja für die gesamte Welt, so weit sie Wert auf weltgeschichtliche Wahrheit legt. Ein unerhörtes Verbrechen, das zum Unglück für Deutschland wurde, ist in seiner ganzen Rückschlüssigkeit bloßgestellt worden. Es handelt sich formell um die Belästigung des ehemaligen Privatsekretärs des kommunistischen Diktators Eisner, Felix Hachenbach gegen die Schriftleiter von vier Münchener Blättern, die ihm vorgeworfen hatten, er habe die Veröffentlichung Eisners über den Bericht des bayerischen Generalen Grafen Berchenfeld vom 18. Juli 1914 bezugnehmend den Bericht des damaligen Legationsrats v. Schöen, durch sinnstößende Weglassungen gefälscht. Die Frage aber, ob Hachenbach die Fälschung begangen habe, trat in der Verhandlung völlig zurück gegenüber der anderen, ob eine Fälschung vorliege und ob sie von nachteiligen Folgen für Deutschland bei dem Friedensschluß gewesen sei. Entsprechend der außerordentlichen Bedeutung dieser Feststellung hatten die Belasteten einen riesigen Beweissapparat an Zeugen und Sachverständigen aufgebracht. Unter diesen befanden sich nicht nur deutsche, sondern auch ausländische, aus Frankreich, England, Italien, Nordamerika, Argentinien, Holland, Schweden. Als Zeugen traten auf Diplomaten und hohe Staatsbeamte. Denn obwohl die Verhandlung vor dem Schöffengericht stattfand, hatte der Gerichtshof selbst in Anbetracht der Bedeutung der Streitfrage eine Beweisaufnahme zugelassen und ermöglicht, die weit über den Rahmen der Klage und ihrer Abwehr hinausging. Und das kann als eine nationale Tat, ja, geradezu als ein nationales Glück bezeichnet werden. War doch das Ergebnis der Verhandlungen derart, daß es alle Erwartungen nicht nur der Beteiligten, sondern auch der nationalen Kreise weit übertraf. Der sozialistischen Presse, zu deren Heroen ja Eisner gehörte, wurde es allerdings sehr unbehaglich, als ein Neuge- und Sachverständiger nach dem andern befandete, das Verhalten Eisners müsse als Fälschung gekennzeichnet und festgestellt werden, daß er durch diese Fälschungen den Feinden Deutschlands das Material geliefert hat, um uns den vernichtenden Friedensvertrag von Versailles aufzulösen. Die Art, wie Eisner durch Verfälschung des Berichts den Eindruck erweckt hat und gewisslos erwecken wollte, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage, hat nicht nur den Feinden die Waffen zu unserer Verflüchtung in die Hand gegeben, sie hat auch in den Köpfen vieler Deutscher die Vorstellung erweckt, als habe das alte Regime Deutschland in Krieg und Verderben getrieben, während sich aus dem Bericht in seiner Vollständigkeit gerade ergab, wie sich unsere Regierung bemüht hat, den Krieg zu vermeiden oder einzudämmen. Eisner hat diese Fälschung des Aktienmaterials selbstverständlich vorgenommen, um die Berechtigung der Revolution gegen das „staatsbedenkliche“ alte System darzutun. Als er nun jetzt, leider so spät, als Fälscher gebrandmarkt wurde, suchte die sozialistische Presse ihre schlechte Sache zum Teil wenigstens dadurch zu retten, daß sie behauptete, die Diplomatie im kaiserlichen Deutschland habe eine „doppelte Buchführung“ gehabt. Auch dies Lügenmärchen ist im Münchener Gerichtsloos vernichtet worden.

Das Urteil lautete entsprechend den Befundungen der zahlreichen Zeugen und Sachverständigen. Drei der Belasteten wurden auf Kosten des Klägers völlig freigesprochen, der vierte ist zu einer verhältnismäßig geringen Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung ist ausdrücklich festgesetzt, daß Eisner bewußt und mit Überlegung gefälscht hat, um ein Schuldbekenntnis Deutschlands am Kriege zu erhalten. Tatsächlich geht aber aus dem Schönen Bericht hervor, daß Deutschland keinerlei Kriegsschuld habe, daß es den Krieg nicht gewollt, sondern im Gegenteil eine Angelegenheit des Konflikts zwischen Österreich und Serbien angestrebt hat. Weiter wird festgestellt, daß die fälschende Veröffentlichung Eisners eine Hauptstütze der Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege und damit ein wesentlicher Grund der Deutschland auferlegten Lasten sei. Die Behauptung von einer „doppelten Buchführung“ ist, wie ferner betont wird, durch die Zeugenausagen widerlegt.

Es hat diese Verhandlung vor dem Münchener Schöffengericht also die Beweiskraft gegen Deutschland, daß es den Krieg gewollt und herbeigeführt habe, gründlich widerlegt. Sie hat tief in die Methoden der revolutionären Fälschungsverfahren hineingesehen. Ob das dem unglücklich gemachten deutschen Volk und Vaterlande jetzt noch viel helfen wird, ist freilich leider zweifelhaft.

Im Bayerischen Landtage hat die Mittelpartei die Staatsrechnung in der Weise abgelehnt, daß der Reichsausschuß dahin zu wirken, daß die Reichsregierung allen Staaten das durch den Prozeß gelieferte Material mitteile, daß sie ferner die öffentliche Meinung der ganzen Welt über den festgestellten Sachverhalt aufkläre und daß sie schließlich die Revision des Vertrages von Versailles fordere.

Berlin, 12. Mai. (Priv.-Tel.) Die Blätter haben die außerordentliche Bedeutung hervor, die der gestern vor dem Münchener Schöffengericht zu Ende gegangene Prozeß Hachenbach für das ganze deutsche Volk hat. Die „Zeit“ betont, daß durch den Ausgang des Prozesses der Kampf gegen die Blüge von der Weisheit Deutschlands in einen schnelleren und gewaltigeren Fluß kommen werde. Der Kampf müsse nun auf der ganzen Linie entbrennen und dürfe nicht eher ruhen, als bis das Ziel der Reinigung des deutschen Volkes von der schweren Verleumdung und damit die Erschütterung der Grundlagen des Versailler Vertrages erreicht seien. Auch die „Vollst.“ weist auf die Pflicht des deutschen Volkes hin, das Ergebnis des Prozesses aufzuwerten. Den stärksten Eindruck drücken in der Welt müsse es machen, daß die nächsten Freunde Eisners die Pflicht anerkannt hätten, der Legende von der Weisheit Deutschlands entgegenzutreten.

Das „B. L.“ schreibt: Der Prozeß habe das Urteil bekräftigt, zu dem Kautsky, den man weder hüben noch drüben Boreingekommenheit zugunsten des alten Deutschlands nachsagen werde, durch genaues Aktienstudium bekräftigt wurde. Deutschland habe auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet, es habe ihn schließlich zu vermeiden gesucht. Im „Vorwärts“ weist Prof. Hans Delbrück auf den dramatischen Höhepunkt hin, den der Prozeß erreichte, als Graf Montgelas erklärte, er habe auch einmal die Auffassung Eisners von der deutschen Kriegsschuld gehabt. Aber selbst er die Akten studiert und den wahren Zusammenhang kennengelernt habe, bemühe er sich, diesen keinen Irrtum wieder gut zu machen, indem er alle seine Kraft daran setze, die Versailler Blüge zu bekämpfen. Der Vertreter der Sozialdemokrat Wismersfeld, und Hachenbach selbst, hätten darauf ohne jeden Vorbehalt die gleiche Erklärung abgegeben. Das ganze deutsche Volk sollte sich jetzt um diese Lösung kümmern.

Berlin, 13. Mai. (Draht.) Der Reichsminister Dr. Gehler hatte mit einem Mitarbeiter des „B. L.“ eine Unterredung über die Angelegenheit des entlarvten Dokumentenfälschers Anspach. Auf die Frage, ob Anspach auch das phantastische deutsch-russische Militärabkommen, das in der polnischen, französischen und englischen Presse kürzlich aufgetaucht war, hergestellt habe, antwortete der Minister, er könne das nicht sagen. Immerhin verfolge diese Fälschung denselben Zweck wie die übrigen Arbeiten Anspachs. Die Frage, ob die Fälschungen wirklich auf den Gang der Politik von Einfluß gewesen seien, beantwortete Dr. Gehler bejahend. In den verschiedenen Forderungen der internationalen Militärkommission habe sich eine ganze Reihe von Behauptungen gefunden, die in den Fälschungen Anspachs wiederkehrten. Dr. Gehler erklärte weiter: Ich habe in den letzten Jahren vor dem Ruffel gestanden, daß französische Staatsmänner von vorantworflicher Stelle aus Behauptungen in die Welt setzten, die objektiv, wie ich genau wußte, unwahr waren. Da ein Deutscher durch solche Fälschungen dazu beigetragen hat, die Befriedigung Europas hinauszuschieben, so läßt mich keine Enttäuschung doch hoffen, daß jetzt eine Besserung eintreten werde und noch so schön aufgemachte und gestempelte Papiere nicht mehr ohne weiteres als Dokumente angesehen werden.

Die Prüfung der russischen Antwort.
Genoa, 12. Mai. (Draht.) (Sonderbericht des B. L. W.) Die für heute in Aussicht genommene Sitzung der Untersuchungskommission der ersten Kommission zur Prüfung der russischen Antwort ist auf morgen vorfristig verschoben worden.

Genoa, 12. Mai. (Draht.) Schanzer erklärte im Pressehaufe vor Vertretern der internationalen Presse u. a.: folgende: Ich muß sagen, daß wir eine andere Antwort von den russischen Delegierten erwartet hatten. Ich glaube, die russische Delegation hätte den Interessen ihres Landes besser gedient, wenn sie das Memorandum als Grundlage für die weiteren Verhandlungen angenommen hätte. Wir haben alles mögliche getan, um den Russen unsere Vorschläge zu erläutern und das Kreditlosum zu erklären, das dem Wiederaufbau Russlands dienen sollte und das weit größere Ausflüsse bietet, als die russische Delegation erwarten konnte. Wir haben besonders darauf hingewiesen, daß das Kapital des internationalen Konfortums nur ein Fonds für den Anfang der Operationen sein sollte. Statt dessen hat man sich in die Richtung des

runge bestanden. Solche sind im Augenblick unmöglich, erst muß das Vertrauen wiederhergestellt sein, dann wird sicher ein großer Strom von Kapitalen nach Rußland fließen. Hätten die Russen sofort zugegriffen, so würde die Wiederherstellung ihres Landes sicher unverzüglich ihren Anfang genommen haben. Wir können den polemischen Teil des russischen Dokumentes nicht annehmen, aber sein Schluß ist besser als der Anfang. Er ist in gewissem Grade befeuert vom Geist der Verführbarkeit und dem Willen zur Mitarbeit. Das stelle ich mit größter Freude fest. Im Namen des Ministerpräsidenten und der italienischen Delegation erkläre ich: Wir sind der Ansicht, daß es sicher nicht angebracht wäre, die Verhandlungen abzubrechen und die russische Antwort ungeprüft zurückzuweisen. Wir können es nicht ablehnen, die Botschaften fortzusetzen. Die russische Delegation spricht den Wunsch aus, an der Konsolidierung des Friedens mitzuwirken. Das ist auch eine Antwort an diejenigen Leute, die den Fehlschlag der Konferenz voraussetzten und ein Zeichen für den Erfolg der Konferenz voraussetzten. Die Rückkehr Rußland in das europäische Leben ist ein Erfolg. Ich glaube, daß das Wert dieser Konferenz noch nicht beendet ist. Sie muß noch arbeiten für den Frieden, um die Konflikte zwischen den Völkern abzuleben. Die italienische Politik ist seit Kriegsende unverändert geblieben. Wir wünschen diese Politik des Friedens und der Solidarität fortzusetzen, damit sie die Politik der Zukunft Europas wird. Von Genoa muß, bevor die Konferenz ihren Abschluß findet, ein Wort des Friedens und der Garantie ausgehen, damit es keine Angriffe zwischen den Völkern mehr gebe.

Die amerikanischen Voraussetzungen für eine Anleihe.

Berlin, 13. Mai. (Draht.) In offiziellen amerikanischen Kreisen seien Nachrichten aus New York eingelaufen, nach denen die größten Banken von New York und Chicago sich an Morgan gewandt hätten, er möge von Frankreich und Belgien die Verpflichtung verlangen, nicht nach Deutschland einzurufen, wenn eine Anleihe in den Vereinigten Staaten möglich gemacht werden solle. Morgan sei weiter aufgefordert worden, zu verlangen, daß ein großer Teil der Besatzungstruppen am Rhein zurückgezogen werde, um Deutschland zu gestatten, die Wiederaufbaukosten leichter aufzubringen. Morgan wird am 20. d. M. in London anreisen, wo er zwei oder drei Tage bleiben wird, bevor er nach Paris geht.

Aus Sachsen.

Die Mahregelung des Baugener Amtshauptmanns.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Bautzen hielt am Freitag eine Sitzung ab, die auch zu der ständigen Überberufung des Baugener Amtshauptmanns Hempel Stellung nahm.

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung, Herr Gemeindevorstand Seidel-Rischau, gab dazu namens des Bezirksausschusses eine Erklärung ab, in der es heißt: Da wir heute zum letzten Male mit Herrn Amtshauptmann Hempel zusammen sind, müssen wir bei dieser Gelegenheit feststellen, daß uns allen die eigentlichen Gründe seiner Überberufung nicht bekannt sind. Die wiederholten Versuche, die ich als Vorsitzender der Bezirksversammlung unternommen habe, um eine Erklärung beim Ministerium des Innern für die jetzt eingetretene Mahregelung zu finden, sind leider erfolglos gewesen. Und der Hinweis, daß alle politischen Maßnahmen der Bezirksversammlung bei einer Rückprobe vertreten sein würden, hat nichts genützt. Ich bekomme vielmehr die Erklärung: Die getroffene Entscheidung ist unabänderlich und Sie können hier nichts erfahren. Die Mahregelung ist amtlich ausgesprochen. Uns als orientierte Vertreter des Bezirks ist es also nicht möglich gewesen, die eigentlichen Gründe zu erfahren. Wir müssen deshalb hier vor aller Öffentlichkeit nunmehr feststellen, daß doch immer hin schließlich von irgendwelcher Seite dem Ministerium Orientierungen gegeben worden sind die wir nicht unterschreiben können. Wir müssen deswegen heute, wo wir zum letzten Male mit dem Herrn Amtshauptmann zusammen sind, beobachten, daß der Herr Amtshauptmann das Opfer eines Verhängnisses geworden ist. Über dessen Ursache wir der Öffentlichkeit keine Erklärung zu geben vermögen, obwohl wir als die eigentlichen Vertreter des Bezirks hierzu in der Lage sein müßten.

Herr Amtshauptmann Hempel dankte für diese Erklärung, die Herr Gemeindevorstand Seidel namens des Bezirksausschusses abgegeben habe. Er empfinde eine sehr unbehagliche Stimmung darüber, daß Herr Seidel und